Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspeditionen Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Wißblatt „ULK“, der feuilleton. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 112. Berlin, Donnerstag, den 3. März 1898. XXVII. Jahrgang.

Was nun?

(Von unserem Korrespondenten.)

△ **Paris**, 2. März.

Eine Woche ist seit dem Tage verstrichen, wo die französische Justiz durch das Urtheil im Zola-Prozesse die Welt so peinlich berührt hat, und die Regierung hat seither nach Kräften dafür gesorgt, daß das Gefühl des Widerwillens, welches alle anständigen Menschen nach den letzten Ereignissen ergriffen haben mußte, nicht freundlicheren Empfindungen weiche.

Man hat Herrn Méline zuerst sprechen und dann handeln sehen. Auf der Tribüne der Kammer brillirte er mit seinen alten bekannten Taschenspielerkunststückchen, die Jeder durchschaut, und die vor diesem Publikum der Kammer so viel Erfolg haben, weil dieses Publikum schon vorher entschlossen ist, alles, auch das Unwahrscheinlichste zu glauben. Er konnte ironisch von dieser „intellektuellen Elite“ sprechen, konnte ihr vorwerfen, daß sie Frankreich zu einem Jahrhundert der Intoleranz zurückführe! Die Geschichte, von der Labori so schön gesagt hat, daß sie „Pontius Pilatus an den schimpflichsten Schandpfahl genagelt,“ wird vielleicht ein wenig anders richten als Herr Méline — aber die Kammer jubelte, und Herr Méline konnte ausrufen: „Diese Sache muß aufhören! Von morgen ab wird Niemand mehr sagen können, daß er in gutem Glauben handele, wenn er diese Kampagne fortsetzt!“ Wer sieht nicht diesen alten Parlamentarier, der den Gewissen ihre Pflicht und den Ideen ihren Weg vorzuschreiben sich anmaßt und der von aller Welt eine ganz ministerielle Dehnbarkeit und Biegsamkeit der Ueberzeugung verlangt?

Auf das schöne Wort folgte die schöne That. Der Colonel Picquart wurde aus der Armee ausgestoßen, in welcher, mit Ruhm und Ehren überhäuft, Esterhazy verbleibt. Man darf hoffen, daß Esterhazy in Anbetracht seiner so speziellen Verdienste den Posten erhalten wird, den Picquart früher bekleidet: den Posten des Chefs der „bureaux de renseignement“, des französischen Spionagewesens ....

Der Artillerielieutenant Chaplain, welcher die Kühnheit gehabt hat, ein Glückwunschschreiben an Emile Zola zu richten, ist zur Disposition gestellt worden, und dem Advokaten Leblois hat man sein kleines städtisches Amt genommen. Leblois ist, wie Picquart — dem eine Jahrespension von 2175 Francs verbleibt — ohne jedes Vermögen. Die That aber, die vor allen anderen zu den edelsten Ruhmesthaten des Ministeriums Méline gerechnet werden muß, ist die Entfernung des alten Professors Grimaux, Mitglied des Instituts, von seinem Lehramte an der Ecole polytechnique, das er 23 Jahre hindurch hingebend verwaltet hat.

Der Leser erinnert sich an das Erscheinen dieses herrlichen alten Gelehrten im Schwurgerichtssaale. Er kam, um zu bezeugen, daß er Zolas That für eine hochherzige und patriotische halte. Er sprach von seiner eigenen Vergangenheit, erzählte, wie er im Krimkriege mitgekämpft, wie er 1871 die Wälle von Paris mit vertheidigt und Kanonen gegossen, wie seine Familie sich dem Dienste des Vaterlandes gewidmet, wie erst kürzlich sein Neffe in Tonkin gefallen. Er weinte, als er ausrief: „Mich, der ich wie ein Chauvin auf der Straße der Fahne entgegenlaufe, um sie zu grüßen, mich nennt man einen schlechten Patrioten!“ Und ich gestehe, daß auch wir Anderen, wir Nichtfranzosen im Saale, von diesem chauvinistischen, aber schönen und ehrlichen Bekenntniß ergriffen waren und uns sagten: „Der alte Mann da ist unser Gegner, und in einem neuen Kriege würde er wahrscheinlich abermals Kanonen gießen, um uns die Arbeit schwer zu machen, aber das hindert nicht, daß man vor seinem Charakter und seinem vornehmen Sinn doch hohen Respekt haben muß.“

Vor dem „vornehmen Sinn“ des Herrn Méline einen ähnlich hohen Respekt zu haben, kann Niemand uns zwingen. Nicht einmal seine Weitsichtigkeit und Klugheit erscheinen in besonders günstigem Lichte. Er hätte sich sagen müssen, daß Maßregeln, wie diejenige gegen den alten Grimaux, das Gegentheil von dem erreichen, was damit bezweckt war. Die begeisterte und herzliche Sympathiekundgebung, durch welche jüngst die Biologische Gesellschaft unter dem Vorsitz von Charles Richet den „gemaßregelten“ Gelehrten geehrt hat, hat Herrn Méline beweisen können, daß die ungeschickt geschleuderten Pfeile bisweilen gegen ihren Absender zurückprallen. Freilich, Herr Méline mißachtet die „intellektuelle Elite“. Anderswo aber dürfte man finden, daß sie die „Elite“ des Palais Bourbon reichlich aufwiegt.

Man muß ersichtlich ein alter Parlamentarier wie Herr Méline sein, man muß immer in einer Umgebung gelebt haben, wo die Geister durch Austheilung oder durch Entziehung von Aemtern und gewinnbringenden Stellen in Zaum zu halten sind, um so den Sinn dafür verloren zu haben, daß es in der Welt noch Ueberzeugungen giebt, die man mit solchen Mitteln nicht zum Schweigen bringen kann. Herr Méline glaubt, den Sturm mit Zwirnsfäden fesseln zu können. Er vergißt, daß er nicht Parlamentariern, sondern Männern gegenübersteht.

Allerdings, für den Augenblick schweigt der Sturm, oder wenigstens: er hat an Furchtbarkeit verloren. Aber in welch einem Irrthum befände sich dieser Ministerpräsident, wenn er glaubte, daß „die Sache nun aufhören“ werde, und daß alles vorüber sei! Im Grunde glaubt Herr Méline das selbst nicht. Die Wahrheit hat eine eruptive Kraft, und es nützt nichts, den Krater zuzudecken — die Eruption erfolgt hinterher nur um so gewaltiger.

Man war in der Zola-Partei am Tage nach der Urtheilssprechung sehr niedergeschlagen, und man ist es — in etwas geringerem Maße — noch heute. Nicht, daß man an dem schließlichen Erfolge verzweifelte, — aber man ist moralisch niedergedrückt durch das, was man in diesen Wochen gesehen hat. Und das ist sehr begreiflich — denn für diejenigen Franzosen, welche ihr Land lieben, und welche es nicht mit blinder Affenliebe, sondern als klarsehende, vernünftige und ehrliche Menschen lieben, war das Schauspiel dieser Wochen unsagbar betrübend. Für diese Leute verhüllten die schönklingenden Worte des Generals Pellieux nicht die sonderbaren Zustände in der Armeeleitung, die hier bloßgelegt waren, und die Versicherung des Herrn Méline: „Die Regierung hat alles gethan, um das Ansehen Frankreichs im Auslande zu stärken“, täuschte sie nicht darüber hinweg, daß das Frankreich der großen Revolution im Auslande eine arge moralische Einbuße erlitten, und daß es — o Ironie — heute mit dem Beifall einiger Antisemiten und einiger Elemente sich begnügen muß, die ihr Gesindelinstinkt unfehlbar dorthin treibt, wo ein Esterhazy der Held ist.

Diese momentane Niedergeschlagenheit, welche sich Zolas und seiner Freunde bemächtigt hat, verhindert nicht, daß man fest entschlossen ist, den Kampf fortzusetzen. Es gab, am Tage nach der Verurtheilung, in dieser Partei zwei Meinungen. Die Bekenner der einen — und ich rechne ich nicht, so zählte zu ihnen der köstliche, kampfbegeisterte Anatole France — wollten die Schlacht ohne Säumniß weiterführen. Die Bekenner der anderen riethen zum Waffenstillstand bis nach den Wahlen — und diese vernünftige und praktische Meinung drang schließlich durch.

Man wird also Herrn Méline diesen Gottesfrieden lassen, wird ihm gestatten (und das ist es, was er vor allem verlangt) sich in Ruhe seinen kleinen Wahlgeschäften und den Anforderungen seiner nur mit dem Tage rechnenden Politik zu widmen. Dann, im Mai, wird man die Unterhaltung fortsetzen.

Ueber einen wichtigen Punkt scheinen die Ansichten noch aus einander zu gehen. Soll man, noch vor den Wahlen, den vorschriftsmäßigen, legalen Weg beschreiten und der zuständigen Behörde ein Revisionsgesuch überreichen? Das schiene das Natürlichste und Einfachste — aber es ist weit weniger einfach, als man denkt. Denn in Wahrheit liegt ein Revisionsgrund nicht vor — was vorliegt (die illegale Beibringung des geheimen Beweisstückes ꝛc.) sind Kassationsgründe. Der Justizminister selbst müßte hier die Initiative ergreifen ....

Es giebt Leute, die ein solches Hervortreten der Regierung nach den Wahlen noch immer erwarten. Wie Viele hört man nicht sagen, daß Herr Méline, wie Janus, zwei Gesichter habe, und daß, wenn er jetzt der Welt sein antirevisionistisches Gesicht zuwende, er nach den Wahlen uns ein Gesicht zeigen werde, das allen Forderungen der Gerechtigkeit freundlich lächeln werde! Das ist möglich, aber man wird nicht allzu sehr darauf rechnen dürfen. Zwei Erwägungen nur könnten vielleicht die Regierung — die heutige oder die von morgen — bestimmen, gewisse Schritte zu unternehmen, welche die Revision des Dreyfus-Prozesses wenigstens anbahnen würden. Die eine Erwägung dürfte sich aus den Zuständen im Generalstabe herschreiben, von denen der Zola-Prozeß den Schleier fortgezogen. Trotz allen Beifallgebrülls, mit dem eine mehr oder minder freiwillige Huldigungschaar und eine mehr oder minder freiwillige Preßclaque gewisse Persönlichkeiten begleitet haben, dürfte man an der Spitze der Republik doch das Gefühl hegen, daß an manchen Stellen manches nicht in Ordnung sei, und so dürfte man nach einiger Zeit — mit schonender Hand — für Wandel sorgen. Die zweite Erwägung könnte sich mit der Weltausstellung von 1900 befassen. Man könnte sich sagen, daß eine neue Revisionskampagne, die unausbleiblich ist, den Erfolg dieser Ausstellung aufs Aergste gefährden müsse. Man könnte zu der Ueberzeugung gelangen, daß man am Vorabend eines Festes, zu welchem man die civilisirten Nationen einladen will, diese civilisirten Nationen nicht vor den Kopf stoßen dürfe. Denn bei allem nationalen Stolz und bei allem Selbstbewußtsein des Boulevards und seiner Provinzen — es wird einigermaßen mißlich sein, im Augenblick der Weltausstellung Europa zu bedeuten, daß man es für eine „quantité négligeable“ halte.

* * *

So weit unser Korrespondent. Der Gedanke, der am Schluß obigen Artikels in Bezug auf die Weltausstellung von 1900 entwickelt wird, scheint auch bereits anderwärts die Interessenten zu beschäftigen. Wir finden in einem holländischen Blatte, dem „Haagschen Courant“, folgende Mittheilung:

„Baron Michiels van Verduynen, Generalkommissar der Niederlande, hat sich dieser Tage nach Hengeloo (Twenthe) begeben, um die Textilfabrikanten aufzufordern, sich an der Pariser Weltausstellung zu betheiligen. Die Industriellen scheinen jedoch wenig geneigt, der Aufforderung zu entsprechen.

Und der Grund? werden unsere Leser fragen. Wir antworten: Soll man sein Eigenthum riskiren in einem Lande, in dem das Recht mit Füßen getreten wird? Oder hat Jemand Lust, zum Ruhme eines Landes beizutragen, das sich selbst entehrt?

Das Fiasko der Weltausstellung von 1900 soll die Antwort Europas auf das Urtheil des Pariser Schwurgerichtes sein.“

Damit wird natürlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet — aber die Sprache des holländischen Blattes sollte Manchem in Frankreich zu denken geben.

* * *

Paris, 2. März. (W. T. B.) In der Senatsgruppe der „Union Républicaine“ hielt **Senator Guyot**, der den Vorsitz übernahm, eine Rede über die Nothwendigkeit, die **Republik gegen die Klerikalen und Boulangisten zu vertheidigen.** Guyot führte aus, der Zola-Prozeß habe es zu Wege gebracht, daß sich die Partei finde und zusammenschließe. Man habe „Tod den Juden“ geschrieen, morgen werde man „Tod den Protestanten“ rufen. Der Klerikalismus habe die schimpflichen Leidenschaften, welche man schon geschwunden wähnte, wieder geweckt.

---

* Zu der von der Hongkong-Shanghai-Bank in Gemeinschaft mit der Deutsch-asiatischen Bank übernommenen **chinesischen Anleihe** sendet uns Herr **Eugen Wolf** folgendes Privat-Kabeltelegramm:

Als Garantie für die chinesische Anleihe ist eine Reihe von Likinstationen im Innern des chinesischen Reiches unter die Kontrole des Generalzollinspektors Sir Robert Hart gestellt worden.

In Nr. 109 der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“ (Abendausgabe vom 1. März) haben wir in einer Mittheilung der „Ostas. Korr.“ sowohl auf die Vorgeschichte wie auf die Tragweite einer solchen Konzession für China sowohl wie für Europa hingewiesen. Was vorgestern noch eine zweifelhafte Kombination war, ist nunmehr, wie das Telegramm Eugen Wolfs beweist, zur erfreulichen Gewißheit geworden.

---

* **Aus dem Abgeordnetenhause.** In der gestrigen Sitzung wurde zunächst die Regierungsvorlage auf Erhöhung des Grundkapitals für die Centralgenossenschaftskasse von 20 auf 50 Millionen in dritter Lesung bewilligt. Hierauf stand die Entschädigungsfrage für Schlesien, Brandenburg, Posen und Sachsen zur Berathung. Die Regierung hatte eine Bewilligung in Höhe von fünf Millionen gefordert; die Kommission hatte einstimmig beschlossen, der Regierung zehn Millionen zur Verfügung zu stellen, da die geforderte Summe bei Weitem nicht ausreiche, um die durch die Hochwässer des vergangenen Jahres angerichteten Schäden auch nur einigermaßen zu beseitigen. Die Abschätzungen seien ganz unzutreffend gewesen. Die Redner aller Parteien stellten sich auf den von der Kommission geltend gemachten Standpunkt. Herr v. Miquel jedoch erschien gestern einmal, um seinen fiskalistischen Anschauungen nicht ungetreu zu werden, in einem noch konstitutioneller geschnittenen Gewande als der Landtag selber. Er warnte mit der ihm eigenen patriarchalischen Handbewegung und in seinem wohlwollend klingenden Tone vor einem derartigen Vorgehen, das ihm in seiner ganzen Praxis noch nicht vorgekommen sei. Man solle nur Vertrauen zur Regierung haben, daß sie im Bedarfsfalle schon selber die Verantwortlichkeit auf sich nehmen und die Kreditbewilligung überschreiten würde. Es half aber alles nichts. Der Landtag verblieb bei seiner Spendirlaune und nahm die Kommissionsbeschlüsse mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit an. Daß dieses Stimmenverhältniß sich zwischen der zweiten und dritten Lesung ändern könnte, ist indessen nicht anzunehmen.

---

* Auch die gestern begonnene Spezialberathung der **Flottenvorlage** in der Budgetkommission hat den Eindruck bestätigt, den man von der Generaldebatte hatte, daß die Aussichten des Gesetzes immer günstiger werden. Die Berathung hat auch Klarheit darüber gebracht, ob die Regierung mit den Abänderungsanträgen des Dr. Lieber einverstanden sein wird. Zwar konnte Staatssekretär Tirpitz die endgiltige Entscheidung des Bundesrathes nicht voraussagen, aber für seine Person erklärte er, daß er eine Ueberschreitung der veranschlagten Summe nicht für wahrscheinlich halte und daher der Limitirung der Gesammtkosten zustimmen könne. Die Deckungsfrage gewinnt nunmehr eine erhöhte Bedeutung. Man hat freilich versichert, daß die finanzielle Lage die Durchführung des Flottenplanes ohne neue Steuern gestatte, indessen können Umstände eintreten, die diese günstige Lage in ihr Gegentheil verwandeln. Die freisinnige Volkspartei hat in einer am Dienstag Abend abgehaltenen Fraktionssitzung darüber Erörterungen gepflogen, ein Beweis dafür, daß Eugen Richter und seine Fraktionsgenossen mit der Flottenvermehrung als mit einem fait accompli rechnen. Der Mehrbedarf dafür beträgt jährlich im Durchschnitt 33 Millionen Mark, und dieser kann nach einer Berechnung der „Freis. Ztg.“ gedeckt werden, wenn man die Vermögen von 100,000 Mark an aufwärts entsprechend dem preußischen Steuergesetz mit ½ pro Mille jährlich belastet. Im Schoße der freisinnigen Volkspartei hat sich diese Berechnung zu dem Beschluß verdichtet, zum Flottengesetz einen

Hierzu die Beilage „Mittheilungen über Landwirthschaft ꝛc.“ Nr. 9.